

# Spanien: Einigung in Streit um Erdbeeranbau in Andalusien

**Madrid.** In der Auseinandersetzung um illegalen und ressourcenintensiven Erdbeeranbau im südspanischen Andalusien gibt es eine Einigung. Ein Abkommen der Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez mit den regionalen Behörden soll für mehr Umweltschutz in der Provinz Huelva sorgen. Wie die Zentralregierung in Madrid am Montag mitteilte, sind erhebliche Investitionen in die Region um den betroffenen Nationalpark Doñana geplant. Das Abkommen beendet eine zweijährige Pattsituation zwischen der Zentralregierung und Andalusien, das von der konservativen Volkspartei (PP) regiert wird.

Vorgesehen sind Investitionen in Höhe von 1,4 Milliarden Euro in den Gemeinden in der Nähe des Nationalparks. Summen in Höhe von bis zu 100.000 Euro pro Hektar sollen an Landwirte gezahlt werden, die ihre Produktion aufgeben. Im Gegenzug gibt die andalusische Regierung den von der PP und der faschistischen Vox-Partei vorangetriebenen Plan auf, den Anbau auf einer Fläche von 1.500 Hektar am Rande des Nationalparks nachträglich zu legalisieren. Dieses Vorhaben war von Umweltverbänden und der Unesco und der Zentralregierung scharf kritisiert worden, die gedroht hatte, den Fall vor Gericht zu bringen.

Umweltschützer werfen den Beerenobsterzeugern vor, für ihre Plantagen gigantische Wassermengen illegal aus dem Nationalpark abzupumpen und dadurch dessen Ökosystem zu zerstören. Hauptexportmarkt für Früchte aus Spanien ist die BRD. (AFP/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/464535.spanien-einigung-in-streit-um-erdbeeranbau-in-andalusien.html>